

Leben in der Erwerbslosigkeit - Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit

Nach neuesten Zahlen besteht für Arbeitslose in Baden-Württemberg ein Armutsrisiko von 54 % gegenüber einem durchschnittlichen Armutsrisiko in der Gesamtbevölkerung von 14,7 % und bei vollzeitbeschäftigten Erwerbstätigen von nur 4,3 %. Der neue „Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg“ hat zum ersten Mal das allgemeine Armutsrisiko von Arbeitslosen nach der Dauer der Arbeitslosigkeit differenziert und dabei festgestellt, dass Langzeitarbeitslose ein Armutsrisiko von 70% und nach zweijähriger Arbeitslosigkeit sogar von fast 75 % haben. Dabei sind auch in Baden-Württemberg 38 % der Hilfeempfänger vier Jahre und länger im Hilfebezug. Die monatlichen Arbeitsmarktzahlen vermelden ca. 72.000 Langzeitarbeitslose in Baden-Württemberg, deren Zahl seit 2009 langfristig steigt. Auch die unterschiedlichen Formen prekärer Beschäftigung erhöhen das Armutsrisiko der Betroffenen jeweils erheblich.

Der Landesbericht über Armut und Reichtum belegt nicht nur das besondere Armutsrisiko, er weist auch nach, dass sich die Armutsdynamik verschärft hat. Mit dem Armutsrisiko steigt das Risiko, immer wieder oder gar dauerhaft in Armut leben zu müssen. Das Problem einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit wird zum Problem einer generell verfestigten Armut.

In einer Arbeitsgesellschaft die nicht für alle Erwerbsfähigen bezahlte Arbeit zur Verfügung stellt, sind Erwerbslose nicht nur von bezahlter Arbeit, sondern auch vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Neben der fiskalischen Armut ist die Diskriminierung von Erwerbslosen ein bestimmendes Moment für diese Lebenslage. Diese Diskriminierung speist sich immer auch aus der inneren Abwehr derjenigen, die selber in prekären Lebenslagen vom gesellschaftlichen Abstieg bedroht sind. Nach einer „Allensbach“-Umfrage glaubten 2001 66% der Befragten, dass Erwerbslose nicht arbeiten wollen, und 2014 waren es noch 61,8% die es empörend finden, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen. (Zick und Klein (2014)) Viele Langzeitarbeitslose empfinden sich aufgrund des negativen öffentlichen Bildes als Bürger/innen zweiter oder dritter Klasse. (Marquardsen, K. (2015)) Hinzu kommt, dass Arbeitslosigkeit zum Verlust der „Selbstwirksamkeit“ führt, die Menschen verlieren die Gestaltungshoheit über ihr eigenes Leben und werden damit auch auf der persönlichen Ebene immer krisenanfälliger.

Unterstützung von Arbeitslosen muss in der Lebenslage selber ansetzen. Durch eine akzeptierende und aktivierende Beratung können mit den Menschen gemeinsam neue Perspektiven erarbeitet und ihre Selbsthilfepotentiale unterstützt werden. Räume im umfassenden Wortsinn für vielfältige Aktivitäten und Begegnungsmöglichkeiten, wie sie von Arbeitslosenzentren geschaffen werden, fördern das Selbstbewusstsein der Betroffenen.

Hinsichtlich der Teilhabe an und Integration in Arbeit besteht ein übergreifender Konsens, dass die öffentlich geförderten Beschäftigung das herausragende Instrument zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit darstellt. Auf der Grundlage dieses Konsenses gibt es spezifische Schwerpunkte. Für die Personen, die vom allgemeinen Arbeitsmarkt besonders weit entfernt sind braucht es Integrationsjobs, die vor allem tagesstrukturierende Bedeutung haben. Personen mit einer arbeitsmarktnahen Beschäftigungsfähigkeit können bei den Beschäftigungsunternehmen und Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände beschäftigt

und hier auch weiter gefördert werden. Für Langzeitarbeitslose, die aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen direkt im allgemeinen Arbeitsmarkt platziert werden können, muss das Instrument der öffentlich geförderten Beschäftigung in Privatunternehmen mit einer begleitenden Unterstützung ausgebaut werden, damit die Arbeitsmarktintegration auch nachhaltig entwickelt werden kann. - Das Konzept eines inklusiven Arbeitsmarktes mit spezifischen Angeboten für alle Zielgruppen reicht von der Teilhabe an Arbeit bis hin zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Thesen:

1. Notwendig ist, der Diskriminierung von Arbeitslosen entgegenzuwirken. Arbeitslosigkeit ist zunächst ein gesellschaftliches und kein persönliches Problem.
2. Auf der Basis einer Neubewertung der Lebenssituation Arbeitslosigkeit, einer Relativierung unserer Arbeits- und Wachstumsorientierung bekommen praktische Instrumente und Maßnahmen eine neue Ausrichtung und Perspektive. Vorrangig geht es um Teilhabe und erst an zweiter Stelle um Arbeitsmarktintegration.
3. Die grundlegenden Ansätze zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sind eigentlich bekannt: Vermittlung, Qualifizierung und öffentlich geförderte Beschäftigung. Welcher dieser Ansätze jeweils die Priorität erhalten sollte, hängt im Einzelfall vor allem von der individuellen Dauer der Arbeitslosigkeit ab.

Denkbare Maßnahmen

1. Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Überbewertung von Erwerbsarbeit in Frage zu stellen und die statusunabhängige Anerkennung von Menschen zu fördern.
2. Maßnahmen, die dazu beitragen, dass
 - a. Vorurteile abgebaut werden
 - b. Begegnungs- und Betätigungsmöglichkeiten geschaffen werden.
3. Partizipative und gruppenbasierte Aktivitäten in der Lebenswelt, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.
4. Gesellschafts- und arbeitsmarktpolitische Instrumente, Instrumente der öffentlich geförderten Beschäftigung, die das Spektrum von gesellschaftlicher Teilhabe bis zur Arbeitsmarktintegration abdecken.